



## „Wir Europäer?“

In seiner Rede erörtert Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Strube die Lage Europas. Wie sieht die Zukunft der EU aus? Welche Auswirkungen hat der Brexit? Er spricht deutlich an, welche Herausforderungen angegangen werden müssen und welche Reformen nötig sind.

### Europa: unsere Geschichte und Zukunft

Der Kaiserdom zu Speyer ist für mich und wohl auch für Sie ein Symbol der Dauerhaftigkeit und der Gegenwart der Geschichte. Mit Worten von Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl ist dieser Dom „ein Symbol der Einheit der deutschen und der europäischen Geschichte“. Dies Verständnis erläutert er mit dem Hinweis: (ich zitiere) „Die römisch-deutschen Kaiser herrschten nicht über einen Nationalstaat, sondern über ein frühes Haus Europa, das von Sizilien bis zur Nordsee reichte. Sie trugen das Bewusstsein der abendländischen Welt in sich, dieses antik und christlich geprägten Kulturkreises.“ (Ende des Zitats)

Bundeskanzler Kohl sagte oft: „Die Pfalz ist meine Heimat, Deutschland ist mein Vaterland, und Europa ist unsere Zukunft.“ Er hat seine Vorstellung zur Gestaltung Europas anlässlich des Bundesparteitages der CDU 1976 konkretisiert: nämlich „ohne Verzug an die Verwirklichung eines europäischen Bundesstaates zu gehen“. Dabei unterstrich er, (ich zitiere): „ Die Einheit Europas ist keine Sache, die allein von den Regierenden ausgehen kann. Sie muss auch von den Völkern mitgetragen werden. Es ist eine Sache von Herz und Verstand“ (Zitat Ende)

### Der Brexit als Entscheidung gegen Europa

Das Votum einer Mehrheit der Briten für den „Brexit“, also für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union, wirft 40 Jahre nach dieser Rede viele Fragen auf. Dabei geht es mir mehr um Meinungen, Gefühle und Symbole und weniger um die Institutionen und Entscheidungsprozesse der EU. Denn ich bin überzeugt, dass das Votum für den „Brexit“ nicht das Ergebnis einer Kosten- und Nutzenrechnung gewesen ist.

### Fragen zur Zukunft Europas

Welche Fragen werde ich vorrangig behandeln:

- Warum ist die „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ zum Kritikpunkt geworden?
- Wird der Zusammenhalt überzeugend vermittelt?
- Lernen wir aus der Geschichte Europas?
- Überzeugt die Strategie zur Weiterentwicklung der EU die Europäer?
- Welche Risiken und Chancen gibt es für die EU?

### Bürger dieser Region und Teil der Kriegskindergeneration

Lassen Sie mich aber zunächst meinen Ausgangspunkt für diese Rede erläutern:

Ich spreche zu Ihnen nicht als Vertreter der Wirtschaft, sondern als Bürger dieser Region mit Wirtschafts- und Welterfahrung und vielfältigen Interessen. Mein Leben verbindet deutsche, europäische und kosmopolitische Erfahrungen und Einsichten, ist aber auch geprägt von der Zugehörigkeit zur Generation der Kriegskinder. Viele von Ihnen können mit mir sagen, wir sind Angehörige einer glücklichen Generation. Denn wir erinnern uns noch an den zweiten Weltkrieg und seine Folgen. Wir sind dankbar für sieben Jahrzehnte mit Frieden, Freiheit und wachsendem Wohlstand. Wir sind dankbar für die Versöhnung und für die Wiedervereinigung in einem Europa des Verbundes von Staaten.

Wir bemerken aber, wie viele Errungenschaften Selbstverständlichkeiten und Annehmlichkeiten werden, die kaum noch Beachtung finden. Daher darf sich unsere Generation nicht mit der zunehmenden Geschichtsvergessenheit abfinden!

## **Hat die Globalisierung Zukunft?**

Geschichte mag sich nicht wiederholen, aber wir können aus ihr lernen! Es gab zum Beispiel vor dem Ersten Weltkrieg bereits eine von Europa geprägte Phase der Globalisierung. Wird unsere Globalisierung, die in den 80er Jahren begann und seit den 90er Jahren immer mehr Länder einbezog, gegen zur Zeit spürbare Tendenzen zum Protektionismus bestehen?

Denn in einzelnen Ländern der EU gibt es Parteien mit stark national-konservativen Programmen und auch Parteien mit ökologischer Ausrichtung, die den Freihandel kritisieren und begrenzen wollen. Der nächste Präsident der USA, Donald Trump, hat schon im Wahlkampf stark protektionistische Tendenzen gezeigt: ein Eintreten für Freihandel ist von ihm nicht zu erwarten. Die Mehrheiten der Republikaner im Repräsentantenhaus und im Senat werden seine protektionistische Politik stützen.

## **Europa und der freie Welthandel**

Europa hat mit dem Binnenmarkt einen großen wirtschaftlichen und politischen Erfolg: er ist das Kernstück der europäischen Einigung. Aber Europa hat zugleich ein vitales Interesse am freien Welthandel!

Die Überzeugung, die Entwicklung Europas zur Einheit sei unumkehrbar, ist durch das Referendum über den Brexit widerlegt. Im Vergleich zur Zielvorstellung des Jahres 1976 ist die Europäische Union viel größer, aber auch viel komplexer, distanzierter und viel heterogener geworden.

Von einer Bundesstaatlichkeit ist die EU weit entfernt; und nur ein Fünftel der Deutschen kann sich ein „vereintes Europa“ vorstellen.

## **Neue Herausforderungen**

Die grundsätzlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen seit den 90er Jahren haben die Stimmungen der Völker Europas deutlich verändert: Das Ende des „Kalten Krieges“ mit der Auflösung des sowjetischen Macht-Blockes hatte die Angst vor der Bedrohung aus dem Osten verschwinden lassen. Gegenüber den neuen Herausforderungen im Zuge der Globalisierung besteht ein Gefühl der Unsicherheit: Klimawandel, Bevölkerungswachstum in weniger entwickelten Ländern bei Überalterung in hoch entwickelten Ländern, Migration in großen Zahlen, Abnahme des Wachstums der Weltwirtschaft, Finanz- und Schuldenkrisen, Digitalisierung, Versagen und Zerfall von Staaten, regionale bewaffnete Konflikte, Terrorismus, Zweifel an den Fähigkeiten der Eliten, zunehmender Populismus, Trend zu neuem Protektionismus, usw.

Diese vielen Herausforderungen schaffen eine neue Unübersichtlichkeit und können die Europäer nicht einen; das beherrschende Gefühl der Angst im „Kalten Krieg“ konnte einen!

In dieser Situation nehmen Fortschrittsoptimismus und Zukunftsvertrauen in Europa ab. Die Sehnsucht nach Versöhnung, Frieden, Freiheit und Wohlstand, also die mächtigen Impulse der Europabegeisterung in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ist, bis auf Wohlstand, befriedigt. Der Wunsch nach Sicherheit tritt an die Stelle dieser Sehnsucht!

## **Gibt es einen Trend zu mehr Nationalismus?**

Steuern wir auf einen Wendepunkt zu? Auf einen Trend zur Renationalisierung?

Halten wir zunächst fest: Die Umkehrbarkeit der Globalisierung bildet ein großes Risiko dieser Entwicklung; das hat der Erste Weltkrieg bewiesen. Zwar garantiert die Globalisierung weder ein friedliches Zusammenleben der Nationen noch ein Zusammenwachsen der Völker zu einer Art von Welt-Innenpolitik. Aber sie erhöht durch internationale Arbeitsteilung und wachsende gegenseitige Abhängigkeiten die Chancen des Friedens und allgemeiner Wohlstandsgewinne. Wenn ein Land aber bereit ist, den Preis für den „Austritt aus der Globalisierung“ zu zahlen, so ist der Austritt möglich. Während der Iran und Cuba bereit sind einzulenken, bleibt Nordkorea draußen!

Es sieht so aus, als ob Russland prüfe, wie weit man die allgemein akzeptierten Regeln dehnen oder umgehen könne, um seinen Drang nach Expansion und Macht zu befriedigen.

## **Gehört die EU bald der Vergangenheit an?**

Daher frage ich mich voller Sorge, ob nicht bald ein Buch erscheint mit dem Titel „Die Welt von gestern“, in dem die Zeit der EU vor den großen Krisen als „das goldene Zeitalter der Sicherheit“, das uns auf dem geraden und unfehlbaren Weg zur „besten aller Welten“ führt, beschrieben wird. So hatte Stefan Zweig in seinem Buch dieses Titels die Welt vor dem Ersten Weltkrieg geschildert.

„Freiheit im privaten Tun und Lassen galt als eine Selbstverständlichkeit“, „Optimismus und Weltvertrauen beseelten uns junge Menschen seit jener Jahrhundertwende“, so Stefan Zweig.

War es Wunschenken, wenn Stefan Zweig schreibt: „... aus Stolz auf die sich stündlich überjagenden Triumphe unserer Technik und unserer Wissenschaft war zum ersten Mal ein europäisches Gemeinschaftsgefühl, ein europäisches Nationalbewusstsein im Werden“?

Die beiden Weltkriege haben bewiesen, dass der Nationalismus stärker war als ein „europäisches Gemeinschaftsgefühl“. Die Bemühungen um eine Verständigung und Versöhnung in Europa zwischen 1918 und 1939 scheitern tragisch. Manche Historiker nennen die Zeit von 1914 bis 1945 den zweiten Dreißigjährigen Krieg, eine Bezeichnung, die diese Periode traurig verdient.

### **Hoffnung für eine engere Europäische Union?**

Wir leben jetzt auch nicht in einer „Epoche des Weltvertrauens“! Können wir denn mit der „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ den Herausforderungen unserer Zeit und Zukunft begegnen? Nach dem Votum der Briten für den Austritt aus der EU fällt eine positive Antwort schwer! Da aber die Regierung Schottlands bereits erklärt hat, Schottland wolle Mitglied der EU bleiben bzw. nach dem Austritt von Großbritannien wieder werden, ist zu klären, ob der Begriff „Völker“ nicht verschiedene Auffassungen zulässt. Bei der Europa-Fußball-Meisterschaft sind ja vier Mannschaften aus UK angetreten, nämlich Engländer, Nordiren, Schotten und Waliser!

Wenn wir den Begriff Volk als die „Gesamtheit der durch Sprache, Kultur und Geschichte verbundenen Menschen“ verstehen, dann werden Katalanen, Flamen, Wallonier, Korsen, Basken und andere Personengruppen sich als Volk betrachten. Fügt man jedoch „und zu einem Staat vereint“ hinzu, dann verwenden wir den Begriff Volk im Sinne von Staatsvolk und übergehen die Spannungen in einigen Ländern Europas.

### **Geteilte Meinungen zu Europa**

Das Meinungsbild zu Europa ist nicht eindeutig:

Die Bundesregierung hat in Auswertung des Eurobarometers vom Frühjahr 2016 veröffentlicht, dass die „Mehrheit der Europäer hinter der EU steht“. Demnach begreifen sich zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger aller EU-Mitgliedsländer als Europäer und glauben, dass die Stimme der EU in der Welt Gewicht hat. Die Hälfte der EU-Bürger blickt optimistisch in die Zukunft.

Eine Studie von Pew Research zum Meinungsbild in zehn EU-Staaten, die im April und im Mai 2016 durchgeführt wurde, soll jedoch zeigen, dass die Mehrheit der Griechen, Italiener, Spanier und Franzosen das Gefühl habe, ihre Ländern hätten heute weniger Einfluss in der Welt als noch vor 10 Jahren. Mit dieser Einschätzung ergebe sich „die Forderung, das eigene Land solle vor allem seine Probleme lösen und sich nicht um andere Staaten kümmern“. Das gelte auch für die Briten, Polen, Ungarn und Niederländer. „Einzig in Deutschland ist die Gruppe derjenigen, die einen gemeinschaftlichen Ansatz bevorzugen mehr als doppelt so groß wie jene der Isolationisten“.

### **Weniger Vertrauen in die EU auch in Deutschland**

Welche Einschätzung überzeugt mehr?

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat im September dieses Jahres eine Studie in Deutschland zu „Rückhalt für die EU nach dem Brexit“ erstellt. Hatte 2002 noch die Hälfte der deutschen Bevölkerung großes oder sehr großes Vertrauen in die EU, so ist es aktuell nur noch ein Drittel. Auch NATO und UNO haben seit 2002 einen ähnlichen Vertrauensverlust erlitten.

Gleichzeitig halten 84% der deutschen Bevölkerung für wichtig, dass sich Deutschland besonders um gute Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten bemüht. Eine andere Allensbach-Studie zeigt, dass selbst in Deutschland die Besorgnis über den Zustand der EURO-Zone wächst und sich zugleich die Kritik an der unzureichenden Handlungsfähigkeit der EU verstärkt. Im Blick der Deutschen auf die EU stehen Bürokratie (81%) und Geldverschwendung (66%) im Vordergrund; dem stehen große Wirtschaftskraft (68%) und ihre Rolle als Garant für den Frieden in Europa (60%) gegenüber. 60% der Deutschen sind überzeugt, dass „innerhalb der EU Gegensätze und unterschiedliche Interessen dominieren“. Selbst von dem „europäischen Musterschüler“ Deutschland wird der Bestand an Gemeinsamkeiten, die Solidarität und der Zusammenhalt sehr kritisch gesehen: nur ein Fünftel ist hiermit zufrieden!

Trotz aller Probleme ist Europa für 55% der Deutschen die Zukunft, obwohl nur 27% überzeugt sind, dass die deutsche Mitgliedschaft in der EU mehr Vorteile als Nachteile mit sich bringt. (Knapp 40% für Ausgleich von Vor- und Nachteilen).

### **Identifikation mit Europa**

Wenn selbst in Deutschland nur ein Drittel der Bevölkerung Vertrauen in die EU hat, während 70% dafür sind, Mitglied in der EU zu bleiben, dann muss der Aussagewert des Eurobarometers hinterfragt werden. Könnte es sein, dass diese Auffassung rein formal aus Artikel 9, Satz 2 und 3 des EU-Vertrages (Lissabon) abgeleitet wurde? Dort steht „Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu, ersetzt sie aber nicht.“ Sich als Europäer zu begreifen, kann aber auch Ausdruck einer Wertung sein; nämlich sich mit

Europa zu identifizieren, eine eigene europäische Identität zu fühlen, sich mit allen anderen Europäern verbunden zu wissen, ein Gefühl der Zugehörigkeit und ein Bewusstsein des Zusammenhalts, also ein „Wir-Bewusstsein“ zu haben. Einer so verstandenen Gemeinschaft von Europäern sollte es leicht fallen, die Europäische Union mit allen ihren Stärken und Schwächen als die Wirklichkeit der europäischen Idee zu akzeptieren, die der Reform bedarf!

### **Regionale Interessen und ein Mangel an Solidarität**

Wenn das so wäre, dann gäbe es ein Wettbewerb unter den Regierungschefs der Mitgliedsländer, wer am meisten für Europa mittels der Europäischen Union tut. Dann wäre es auch selbstverständlich, dass eine EU freundliche Einstellung das Schaffen von Problemen durch einzelne Mitgliedsländer oder ihre regionalen Glieder, wie z.B. die Wallonie bei Ceta, nicht zulässt. Sonderregelungen zu Gunsten dieser Region, die so erreicht werden, schaden der EU als Gemeinschaft, ihrer Handlungsfähigkeit und ihrem internationalen Ansehen. Ein solches Vorgehen beeinträchtigt auch den Zusammenhalt der Europäer. Denn der Wunsch der Bürger, ernst genommen zu werden, kann nur allen, aber nicht jedem Einzelnen erfüllt werden. Wenn 0,7% der EU Bürger ein Vetorecht beanspruchen, dann wird das von den übrigen 99% wohl kaum als legitim empfunden!

Der Mangel an Solidarität und an Respekt vor den EU-Verträgen in Verbindung mit dem Nichteinhalten des Vereinbarten belastet das Verhältnis der Mitgliedsländer untereinander und das zur Europäischen Union. Bei diesen Eindrücken wenden sich die Bürger von der EU ab!

Diese Situation erfordert Reformen! Wenn schon in Deutschland mit seiner sehr europafreundlichen Bevölkerung drei Viertel grundlegende politische Reformen in der EU für nötig, aber nur ein Viertel solche Reformen für wahrscheinlich hält, kann man auf noch größere Reformskepsis in den anderen EU-Ländern schließen.

### **„Austeritätspolitik“ und laxe Sanktionen**

Besonders ausgeprägt sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedsländern im Euro-Währungsgebiet: Die Maastricht Konvergenzkriterien, nach denen Staatsverschuldung und Haushaltsdefizit 60% bzw. 3% des BIP nicht überschreiten dürfen, werden von einigen Ländern als „Austeritätspolitik“ bekämpft und nicht eingehalten. Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland wollen mit höheren Staatsausgaben in ihren Ländern „die Konjunktur ankurbeln“, aber zugleich Strukturreformen strecken oder im Hinblick auf bevorstehende Wahlen möglichst vermeiden. Das Eintreten Deutschlands für ein Einhalten dieser Kriterien wird als „Spardiktat“ zurückgewiesen. Die Rücksichtnahme der EU-Kommission beim Verhängen von Sanktionen gegen Länder, die nicht die notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ergreifen, stellt die Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen in den Bereich der Beliebigkeit. Herr Draghi, der Präsident der EZB, hat oft darauf hingewiesen, dass die Geldpolitik der EZB Strukturreformen in den Ländern erleichtern soll, aber auch voraussetzt. Es versteht sich, dass die Null-Zins-Politik die hochverschuldeten Länder am stärksten entlastet und damit in den Haushalten Raum für Investitionen schafft. Wachstum durch öffentliche „Konjunkturspritzen“ ist zumeist ein Strohfeuer, während Wachstum durch Wettbewerbsvorsprung längerfristig wirkt.

Investoren mit langfristiger Perspektive suchen Zielländer mit sozialer und politischer Stabilität. Der dargestellte Dissens in der EU beeinträchtigt das Vertrauen von Investoren in die Stabilität der EU. Das gilt ebenfalls für die Bürger der EU, vor allem für die Sparer im Euro-Raum! Die Auswirkungen dieser Null-Zins-Politik für Banken, Lebens- und Krankenversicherungen und Unternehmen mit Betriebsrenten werden inzwischen ebenfalls sichtbar.

### **Migrationspolitik als Herausforderung**

2015/2016 stellte die Migration, also die starke Zunahme von Menschen, die in der EU Zuflucht suchten, die Regeln und die Werte der EU auf eine Probe, deren Ergebnisse nicht befriedigen können. Die Schwierigkeiten sind Ihnen allen bekannt. Die Lösungsansätze schaffen zum Teil neue Abhängigkeiten. Die Verbesserung der Lebenschancen in den Herkunftsländern wird eine Daueraufgabe! Sie kann nur gelöst werden, wenn dort Frieden hergestellt wird und funktionierende Staatswesen auf- bzw. ausgebaut werden.

Die Bereitschaft der EU-Länder, Migranten und Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren, zeigt eine Bandbreite von „Null“ bis „ohne Obergrenze“. Weder die Verfahrensregeln noch das Einfordern von Solidarität allein werden hier Einvernehmen schaffen. Ein Abwägen von „Solidarität“ und „Freiwilligkeit“ sollte Kompromisse ermöglichen, die eine Gleichwertigkeit, aber keine Gleichartigkeit der Beiträge anstreben könnten. Dieser Ansatz muss allen Europäern vermittelt werden!

### **Die EU als Friedensstifter**

Auf den ersten Blick wirkt die Europäische Union beim Thema „Frieden“ harmonischer als beim Thema „Euro“ und Migration.

Ich bin überzeugt, dass die Frieden stiftende und Frieden bewahrende Wirkung der EU sich nicht nur in Europa bewährt. Der Zerfall Jugoslawiens und die darauf folgenden Kriege, die uns die Brüchigkeit der Friedensordnung Europas schrecklich

zeigten, konnten durch die Nato beendet werden. Denn es gab die Option einer Aufnahme der entstehenden Länder in die EU mit dem Versprechen von Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Wohlstand.

Im Umfeld der EU gibt es zurzeit viele bedrohliche Auseinandersetzungen: Russland und Ukraine, Türkei und Kurden, Syrien, Irak, Iran und Saudi-Arabien, Iran und Israel, IS, Libyen, verbunden mit großen Migrationsbewegungen. „Wir Europäer“ haben also zu Recht Angst.

### **Dissens bei Außen- und Sicherheitspolitik**

Es gibt also viele Aufgaben für die richtige Kombination von Ordnungsfaktoren im Rahmen der Globalisierung. Ob die „weiche“ Macht der EU in Verbindung mit der militärischen Macht der NATO ausreicht, bleibt offen. In der Praxis ist die „gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU, also die Rollenverteilung zwischen der EU und den Nationalstaaten, von Vielstimmigkeit geprägt. Zurzeit dominieren die Initiativen der Staaten auf diesem Gebiet. Dieser Zustand kann den Wunsch der Bürger nach Sicherheit kaum befriedigen.

Ob und in welchem Maße die NATO als wirksamer Garant der äußeren Sicherheit Europas diese Aufgabe künftig weiter wahrnehmen wird, ist schwer abzuschätzen. Im Wahlkampf hat der nächste Präsidenten der USA eine deutlich isolationistische Richtung gezeigt: er will Europa auf Eigenverantwortung unter erhöhten Mitteleinsatz verpflichten, indem er den Eigeninteressen der USA Vorrang vor internationaler Verantwortung gibt.

„Wir Europäer“ sind durch Flüchtlinge und Migranten, zu mittelbar Betroffenen der bewaffneten Konflikte und der Fälle von Staatsversagen in den angrenzenden Großräumen geworden.

Haben wir den notwendigen Selbstbehauptungswillen, um für unsere Lebensweise, unsere Freiheit und für unsere Werte auch außerhalb Europas einzustehen? Wenn die Europäische Union zu dieser Frage eine gemeinsame Antwort findet, überwiegen die Chancen für Europa, bei Alleingängen allerdings die Risiken!

Was bedeutet der Brexit für die Sicherheitspolitik? Wird der Einfluss Europas in der NATO und im Sicherheitsrat der UNO dadurch geschwächt? Ich befürchte, dass das geschieht. Bei den Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens sollte der Sicherheitsaspekt im Verhältnis zum Zugang zum Binnenmarkt berücksichtigt werden. Politisch und wirtschaftlich ist eine möglichst enge Beziehung von Europäischer Union und Großbritannien wünschenswert.

### **Wohlstand ist nur durch Reformen zu erhalten**

Das Wohlstandsversprechen der EU hat sich für viele Bürger, aber nicht für alle erfüllt. Die Arbeitslosigkeit ist in den Krisenländern erschreckend hoch und die Jugendarbeitslosigkeit belastet die Gegenwart und bedroht die Zukunft. Das Rezept, Finanzhilfen mit der Verpflichtung zu Strukturreformen zu verbinden, beginnt zu wirken: aber das Wachstum bleibt bescheiden, zumal viele Reformen nur widerwillig und spät beschlossen und dann noch zögerlich verwirklicht werden. Reformkritische Parteien haben in Portugal und Griechenland Mehrheiten gewonnen und in Spanien die Regierungsbildung lange verzögert. Das in Italien vorgesehene Referendum und die Wahlen in Frankreich lassen eine Zunahme der reformkritischen Parteien erwarten. Denn die Lasten der Reformen werden schon heute gespürt, die angestrebten Vorteile bei Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum stellen sich erst in Zukunft ein. Opfer und Gewinner der Reformen sind häufig nicht identisch. Wer heute Einschnitte bei seinem Lebensstandard hinnehmen muss, kann hoffen und erwarten, dass er damit Kindern und Enkeln bessere Lebenschancen verschafft. Dieser Zusammenhang muss überzeugend erklärt werden! Dann steigen die Chancen des Gelingens!

### **Wertschöpfungsnetzwerke führen zu guter Wirtschaftslage**

Es ist eine schwierige Aufgabe, den Bürgern der Reformländer zu verdeutlichen, dass das nach europäischen Maßstäben gute Abschneiden der deutschen Wirtschaft durch die Reformen der „Agenda 2010“ gefördert wurde, aber vor allem auf Wertschöpfungsnetzwerken beruht. Diese Wertschöpfungsnetzwerke umfassen mittelständische und große Unternehmen in Deutschland und europäischen Nachbarländern sowie gute Positionen in den wichtigsten Märkten der Welt. Wettbewerbsvorteile sind im Heimatmarkt Europa erarbeitet worden und werden global genutzt. Die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit dieser Unternehmen werden politisch bestimmt. Dabei strebt die Politik Deutschlands gelegentlich eine Vorreiterrolle an, die wie z.B. bei der „Energiewende“ wenig Nachahmer findet. Der Handelsbilanzüberschuss Deutschlands führt bei den Nachbarländern in der EU, bei der EZB und auch in den USA zur Forderung, Deutschland solle eine Politik zur Verringerung deutscher Überschüsse verfolgen. Das bedeutet konkret, durch Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Renten soll die Binnennachfrage gestärkt und durch höhere Investitionen, z.B. in Infrastruktur, die „Konjunktur angekurbelt“ werden. Als weitere Wirkung einer solchen Politik wird auch eine Trendzunahme der Inflation in Richtung des EZB-Zielwertes von nahe bei, aber unter Zwei Prozent p.a. erwartet.

Die nicht bezweckte, aber wahrscheinliche Nebenwirkung dieser Politik wäre eine Verschlechterung der globalen Wettbewerbsfähigkeit.

## Die Suche nach einem Weltbild

Verunsicherte Menschen suchen ein Weltbild, eine Orientierung, die sie von den Eliten in Politik, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft verlangen. Sie wollen, dass die „Meinungsführer“ ihnen die Welt verständlich erklären. Das gewohnte Weltbild muss auf den neuesten Stand gebracht werden; den „Abschieds-Schmerz“ kann man aber nicht allein mit Daten und Fakten lindern. Wir wollen wissen, wohin die Reise gehen soll; wir wollen uns aber auch am Zielort wohlfühlen!

Es hilft nicht, die moderne arbeitsteilige Welt im Zeitalter der Globalisierung kritisch mit der romantisch verklärten „guten alten Zeit“ zu vergleichen! Der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß nennt unter Bezug auf Leonardo da Vinci unsere Welt die „Leonardo-Welt“, weil wir in einer Welt leben, die – mit seinen Worten – in ihrem heutigen Zustand „das Werk des Menschen ist“.

Unsere Welt der globalen Arbeitsteilung ist komplex, schwierig, nicht gerecht, z.B. beim Verbrauch der Ressourcen, und neigt zu Übertreibungen. Aber in dieser Welt mit raschem Bevölkerungswachstum haben sich mehr als eine Milliarde Menschen vom Elend absoluter Armut befreien können! Wir müssen die Herausforderung aufgreifen, die Lebensbedingungen der vielen Menschen, die heute noch im Elend existieren, zu verbessern. Statt an dieser Welt zu verzweifeln, müssen wir die Lebens- und Gestaltungschancen verantwortlich nutzen! Wir sind aufeinander angewiesen! Alles hängt mit allem zusammen!

## Zusammenhänge sichtbar machen

Aber vielen Menschen in Europa fehlt die gewohnte Geborgenheit bekannter Strukturen. Sie können die Zusammenhänge nicht erkennen. Das gilt schon für die Welt der Industrie, erst recht für die beunruhigende Entwicklung der Finanzwirtschaft! Wer zwischen Ursache und Wirkung keine Verbindung erkennen kann, neigt dazu, die Ergebnisse einfach hinzunehmen oder das Vertrauen in die Entscheider zu verlieren. Die Sichtbarkeit wirtschaftlichen Handelns erleichtert seine Anerkennung. Die internationalen Liefer- und Leistungsbeziehungen vieler Unternehmen sind dieser „Sichtkontrolle“ in der Regel nicht zugänglich. Diese Unternehmen müssen sich daher um das Verständnis der Gesellschaft bemühen, damit die Gesellschaft anerkennt, dass die unternehmerische Freiheit verantwortlich genutzt wird. In vielen Fällen kommt es für die Akzeptanz des Handelns vorrangig auf die Glaubwürdigkeit der Führungspersonlichkeiten an.

Das „Leitbild für verantwortliches Handeln in der Wirtschaft“, das in Zusammenarbeit mit dem „Wittenberg Zentrum für globale Ethik“ entwickelt wurde, ist eine Selbstverpflichtung von rund sechzig Unternehmen und Institutionen in Deutschland. Es dient auch dazu, das Verhältnis von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu verbessern. Das erste Prinzip dieses Leitbildes lautet: „Die Wirtschaft muss das Wohl der Menschen fördern“.

## Strategie der Europäischen Union

Das Wohl der Menschen soll auch die Strategie der Europäischen Union fördern!

Bei der Vorstellung der politischen Leitlinien für diese Europäische Kommission verglich Jean-Claude Juncker die Maßnahmen während der Finanz- und Wirtschaftskrise „mit der Reparatur eines brennenden Flugzeuges während des Fluges“. Er sagte, das „Schlimmste konnte verhindert werden, Binnenmarkt und die Integrität des Euro-Währungsraumes konnte gewahrt werden.“ Er wollte das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Er nannte als seine erste Priorität die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Belebung der Investitionstätigkeit, um auf diese Weise neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Aber zwanzig Monate später schreibt BM Schäuble in der FAZ zu „Europa zwischen Wunsch und Wirklichkeit“: „Die Herausforderungen für Europa drängen sich zu einem Bündel von Krisen ... In zahlreichen Mitgliedstaaten schwindet die Zustimmung der Bevölkerung zu Europa, das unfähig scheint, sich zu einigen“.

## Fragen zur Strategie der EU

Daher ergeben sich zwei Hauptfragen:

- Welche Strategie verfolgt die EU?
- Überzeugt diese Strategie? Ermutigt sie die Bürger der EU?

Mich hatte die im Jahr 2000 beschlossene Lissabon-Strategie mit ihrem Mut beeindruckt, nämlich Europa bis 2010 zur dynamischsten, wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Region der Welt zu machen.

Mit Stärkung der Innovationsfähigkeit, Reform der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme sowie der Vollendung des Binnenmarktes waren zwar die richtigen Wachstumstreiber identifiziert. Doch hätte es auch einer Aufbruchsstimmung bedurft, die neue Technologien, Produkte und Dienstleistungen weniger als Risiko und Bedrohung, sondern vielmehr als Chance betrachtet.

## Fünf Ziele der EU

Die 2010 beschlossene Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges sowie integratives Wachstum legt fünf Ziele fest, die EU und Mitgliedstaaten bis 2020 erreichen sollen:

- Erhöhung der Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen auf 75%.
- Erhöhung der privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3% des BIP.
- Verringerung der Treibhausgas-Emission im EU-Durchschnitt um 20% gegenüber 1990, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen am Gesamtverbrauch auf 20% und Steigerung der Energieeffizienz um 20%.
- Senkung der Schulabbrecherquote auf unter 10% und Erhöhung des Anteils der Hochschulabsolventen unter den 30 – 34 Jährigen auf mindestens 40%.
- Verringerung der Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen um mindestens 20 Mio.

Fragen wir aber, ob eine Strategie richtig sein kann, die mit einer Vielzahl von Zielen die Bürger eher verwirrt als inspiriert. Entsteht so eine Aufbruchsstimmung? Wer sagt: „Das schaffen wir!“?

## Liebe zu Europa, Wertschätzung für die EU

Die Herren Juncker, Schulz, Tusk und Draghi vertreten die Sache Europas und der EU-Strategie mit hohem persönlichem Einsatz. Aber erreichen sie die Herzen der EU-Bürger? Ich bezweifle das! Denn es fehlt ihnen der Resonanzboden einer europäischen Öffentlichkeit. Es fehlt häufig auch das Einfühlungsvermögen, das die Sprache bestimmt, die die Herzen der Bürger erreichen und bewegen kann.

Wo bleiben die Liebeserklärungen an Europa? Rechenschaftsberichte und Erläuterungen von Plänen sind kein Ersatz für eine Liebeserklärung! Ich sage gerne: ich liebe Europa! Und viele meiner Freunde und Bekannten teilen diese Leidenschaft!

Meine Liebe zu Europa wurde durch die Heirat meiner Schwester mit Claude Puech verstärkt. Meine Schwester und ihre Familie haben mir das tägliche Leben in Frankreich mit der guten Nachbarschaft in der französischen Provinz nahe gebracht. So war die Schwiegermutter meiner Schwester weniger besorgt, dass sie eine deutsche Schwiegertochter bekam, aber sehr besorgt, ob meine Schwester gut kochen könne. Sie konnte und kann es zur allseitigen Zufriedenheit!

Liebeserklärungen für Europa sind aber nicht gleichzeitig Liebeserklärungen für die Europäische Union. Nicht Liebe, aber Wertschätzung wird der EU entgegengebracht. Das kann aber eigentlich nicht überraschen. Denn wer verliebt sich schon in einen Binnenmarkt?

## Der Brexit als Herzentscheidung

Die Briten, die für den Brexit stimmten, waren sicher nicht in den Binnenmarkt verliebt! Nach meiner Einschätzung ist es der Europäischen Union leider nicht gelungen, ihre Herzen zu gewinnen. Ich bin überzeugt, dass diese Briten bei ihrer Entscheidung nicht von einer Kosten- und Nutzenrechnung für die Mitgliedschaft in der EU gegenüber dem Austritt bestimmt wurden. Die Mehrheit für den Austritt kam in England zustande. Sie wurde von vielen Faktoren geprägt, zum Beispiel: einer Empire-Nostalgie; dem Willen, wieder souverän zu entscheiden mit dem Parlament und der Queen als höchster Instanz; der Angst vor Überfremdung, Fremdbestimmung und Identitätsverlust; dem Protest gegen das Establishment und die Eliten; der Wut, sich als Verlierer zu sehen; dem Zorn auf die Brüsseler Bürokratie und Gängelei, der Unzufriedenheit mit der EU-Politik bei der Eurokrise, Flüchtlingskrise und Haushaltsgestaltung, aber auch der Fülle unrealistischer Versprechungen der Befürworter des Austritts und den Schwächen der Kampagne für den Erhalt der EU-Mitgliedschaft.

## Sichtbare Ergebnisse sollen EU-Bürger überzeugen

Risiken und Chancen für die Europäische Union werden durch die Reaktionen auf das Brexit-Votum geprägt werden: Priorität sollen Vorhaben genießen, die durch Taten und Erfolge die EU-Bürger überzeugen, dass Europa wirklich die Zukunft ist. Nicht die Zielsetzungen für seine ferne Zukunft, sondern pragmatische Entscheidungen mit rasch sichtbaren Ergebnissen sind erforderlich. Dabei gilt es, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und auf manche Ideen für weitere Harmonisierung und Regulierung zu verzichten, wie das Kommissionspräsident Juncker ja schon angekündigt hat.

Eine „Neugründung Europas“, wie sie Professor Sinn mit seinem Buch „Der schwarze Juni“ vorschlägt, bietet für Rat, Kommission und Europäisches Parlament sowie die Öffentlichkeit ein „Gedankenexperiment“, um das Wesentliche zu finden. Der Zusammenhalt der Europäer gehört bestimmt dazu!

## **Sicherung der Außengrenzen**

Zur Sicherung der Außengrenzen der EU ist mit dem Ausbau von „Frontex“ eine wichtige Entscheidung getroffen worden. Erfolge dieser Initiative dürfen auf öffentliches Interesse rechnen.

Bei der Handhabung der Regeln für Asyl und Migration kann nur ein Kompromiss gefunden werden, der in der Einigung über die Gleichwertigkeit der Beiträge, wenn auch nicht der Gleichartigkeit der Beiträge besteht. Länder, die Flüchtlinge nicht aufnehmen wollen, müssten zumindest zu den Kosten beitragen. Für die Bürger ist die Überzeugung, dass EU und Länder die Lage unter Kontrolle haben, von großer Bedeutung.

Das gilt auch für die Probleme mit der Einhaltung der Euro-Konvergenzkriterien: eine rasche Entscheidung, selbst wenn es eine Ausnahme von den Regeln ist, überzeugt mehr als ein Dauerstreit über finanzpolitische Grundsatzfragen, die eigentlich durch den Wachstums- und Stabilitätsvertrag entschieden sind. Ein Überdehnen der Regeln beeinträchtigt das Rechtsbewusstsein der Bürger.

## **Beitrag der Wirtschaft**

Beiträge der Wirtschaft zum Wachstum ihres Heimatsmarktes Europa entsprechen ihrem eigenen Interesse. Über die Gestaltung der Rahmenbedingungen kann im weltweiten Standortwettbewerb manche Chance gewahrt, aber auch manches Risiko realisiert werden. Die Wirtschaft in Deutschland und Europa sucht Wettbewerbsvorteile durch Innovation, braucht also ein innovationsfreundliches Klima.

Die Wahl der Rechtsform der S. E., also der „Societas Europäa“ durch die Unternehmen hat symbolischen Wert und stärkt das Wir-Gefühl. Denn diese Unternehmen bekennen sich damit zu Europa als ihrer Heimat.

Alle persönlichen Begegnungen in Europa sind geeignet, den Zusammenhalt zu fördern, zum Beispiel auch das Rekrutieren von Führungsnachwuchs oder von Auszubildenden aus den Nachbarländern.

Mir würde gefallen, wenn der 09. Mai, der Europatag der Europäischen Union, nicht nur im Kosovo ein gesetzlicher Feiertag wäre, sondern in der ganzen EU!

Risiken ergeben sich aus dem Verpassen der genannten Gestaltungschancen. Dabei sind nach meiner Einschätzung die internen Spannungen in der EU die größeren Risiken als die externen Herausforderungen und Bedrohungen.

## **Wie stark ist der Zusammenhalt?**

Der Dreiklang von Heimat, Vaterland und Europäischer Union wird noch sehr lange unsere Identität bestimmen. Mit den Worten von Prof. Wieland, des Rektors der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, kann nur die EU ihren Mitgliedstaaten Teilhabe an einer Stellung in der Welt vermitteln, die grundsätzlich gleichrangig mit den Positionen der Großmächte ist. (Rektoratsrede Nov 2011, S.6) Im internationalen Wettbewerb um Einfluss auf die Entwicklung unserer Welt kann die EU nur bestehen, wenn die Bürger diesen Verbund von Staaten wirklich wollen. Die Fähigkeit der EU, europäische Lebensweise und Werte weltweit zu vertreten, wächst mit der Stärke des Zusammenhalts ihrer Bürger. Uns verbindet über die Grenzen von Ländern und Sprachen hinweg die gemeinsame Geschichte und die gemeinsame Zukunft, die Freude an der Vielfalt und Dichte der europäischen Kultur, die Zuneigung zu unseren Nachbarn, der Respekt voreinander und das Zutrauen zu unserer gemeinsamen Kraft. „Wir Europäer“ lieben Europa, viele insgeheim, wenige sogar öffentlich. Wir schätzen die Europäische Union und wollen ihre Reform!

## **Liebe zu Europa öffentlich bekunden**

Daher zum Schluss noch der Hinweis auf Salvador de Madariaga, Karlspreis 1973, und sein Buch „Portrait Europas“ sowie auf Timothy Garton Ash und sein Buch „Jahrhundertwende“: beide bekennen ihre Liebe zu Europa öffentlich.

Scheuen sie, meine Damen und Herren, sich bitte nicht, Ihre stille Liebe zu Europa, Ihre Wertschätzung der EU und ihren Reformwillen öffentlich zu bekennen! Denn damit können Sie aus dem Fragezeichen im Titel meiner Rede „Wir Europäer“ ein Ausrufungszeichen machen! Dann könnte die Europa-Hymne gespielt werden und wir alle könnten „Freude schöner Götterfunke...“ zur Musik hinzu denken.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.